

Ein Jahr nach dem Attentat am Münchener Olympia-Einkaufszentrum: BEFORE fordert die Aufdeckung der ideologischen Hintergründe der Tat

München, 21.07.2017 – Betroffene rechter Gewalt leiden oft sehr lange unter den Folgen der Tat(en): Die physischen, psychischen, sozialen, familiären wie beruflichen Folgen können schwerwiegend sein und das Leben Betroffener auch langfristig stark verändern.

Der Umgang und damit auch die Einstufung der Taten von behördlicher Seite spielen hierbei eine erhebliche Rolle, so kann etwa die tiefergehende Aufarbeitung des Geschehenen oftmals erst beginnen, wenn die Aushandlung über die Anerkennung der Taten abgeschlossen ist. Im Falle einer ausbleibenden Anerkennung werden häufig Barrieren aufgebaut, die für die Betroffenen nicht zu durchbrechen sind.

Die Gewalttat, im Zuge derer am 22.07.2016 neun Menschen am Olympiaeinkaufszentrum in Moosach getötet wurden, wird seitens der Behörden nicht als rechtsradikales Attentat eingestuft, den politischen Einstellungen des Täters, die sich in seinen Aufzeichnungen und Äußerungen wie auch der Auswahl der Betroffenen zeigte, zum Trotz.

David S. hatte ein mindestens in großen Teilen rechtsradikales Weltbild, das sich etwa in seiner Verehrung des Rechtsterroristen Anders Breivik, dem Zeigen des Hitlergrußes und dem Malen von Hakenkreuzen äußerte. „Selbst dürfte er sich in der radikalen Rechten verortet haben: Er war stolz darauf, wie Hitler am 20. April geboren zu sein“, schreibt etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung hierzu unter Bezugnahme auf Sicherheitskreise. Seine schriftlich festgehaltenen Fantasien über die Ermordung von „Kakerlaken“ und „Untermenschen“, die er „exekutieren“ werde, entsprechen dem menschenverachtenden Duktus gewaltbereiter Rechtsradikaler ebenso wie seine Aussagen über „ausländische Untermenschen“ mit meist „türkisch-balkanischen Wurzeln“, welche David S. zufolge „die Kriminalität regieren“.

Auch die Selektion der Betroffenen nahm der Täter nach augenscheinlich rassistischen, rechtsradikalen Kriterien vor: Sowohl die Nachricht mit der Betroffene zum Olympia-Einkaufszentrum gelockt werden sollten wie auch die Auswahl vor Ort zielten auf Personen ab, bei denen er einen Migrationshintergrund vermutete bzw. kannte.

Aus Sicht der Betroffenen des Attentates, die BEFORE unterstützt, handelt es sich um einen Täter, der aus rassistischen, rechtsradikalen Motiven getötet hat und sie fordern, mit ihren Fragen und Anliegen ernstgenommen zu werden.

„Für eine angemessene Einordnung der Tat muss das rechtsradikale Weltbild des Täters in den Blick genommen werden“, sagt Christian Ude, 1. Vorsitzender von BEFORE e.V.

Die zwei bis heute größten anerkannten politischen Gewalttaten der vergangenen vierzig Jahre in München zeigen, dass sich die Einordnung von rechter Gewalt durch die Behörden oft sehr schwierig gestaltet, was wiederum gravierende Auswirkungen für die Betroffenen hat: Wie in vielen anderen Fällen rechter Gewalt, leiden sowohl die Betroffenen des Oktoberfestattentats im Jahr 1980 wie auch Angehörige der Mordopfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), die BEFORE unterstützt, bis heute unter den Folgen – sowohl der Tat wie auch des Umgangs von Behördenseite.

Nach dem Bombenanschlag auf der Theresienwiese wurde von behördlicher wie staatlicher Seite der rechtsradikale Hintergrund der Tat zunächst nicht anerkannt, eine vollständige Aufklärung der Tatumstände und einer möglichen Rolle rechtsradikaler Netzwerke steht bis heute aus.

Die Erfahrungen eines Betroffenen des Anschlages, der von BEFORE unterstützt wird, zeigen die Folgen einer ausbleibenden umfänglichen Einordnung rechter Gewalt: Zusätzlich zu den psychischen und physischen Folgen des Attentats, musste er lange um eine Anerkennung der gesundheitlichen Auswirkungen des Geschehenen durch Ärzte, Gutachter und Behörden kämpfen.

Im Fall des NSU ordneten die Behörden rechtsradikale Taten erst als solche ein, als das Auffliegen der Terrorzelle in der Öffentlichkeit den ideologischen Hintergrund der Mordserie offensichtlich werden ließ. Hinweise der Angehörigen der Mordopfer, dass es sich um rechtsradikal motivierte Taten handeln könnte, gingen die Ermittler nicht nach. Vielmehr wurden die Täter in einem „migrantischen Milieu“ verortet und die Betroffenen teils selbst als Verdächtige vernommen. Betroffene beschreiben, dass genau diese Täter-Opfer-Umkehr, die bis zu zehn Jahre andauerte, es für sie unmöglich gemacht hatte, die Gewalttat zu verarbeiten.

Ein Betroffener, den BEFORE berät, wurde nach der Ermordung seines Bruders durch den NSU ebenfalls von Sicherheitsbehörden und Medien, aber auch von seinem unmittelbaren Umfeld, jahrelang zu Unrecht verdächtigt. In Folge sozialer Isolierung und Stigmatisierung entschied er sich schließlich dazu, seine erfolgreiche berufliche Existenz aufzugeben und mit seiner Familie die Stadt zu verlassen, in der er sozial wie beruflich fest verwurzelt gewesen war. Erst als im November 2011 die Existenz des NSU bekannt und die Morde einer rechtsradikalen Terrororganisation zugeordnet wurden, fasste Herr V. den Entschluss, nach München zurückzukehren. Noch heute leidet die Familie jedoch psychisch und finanziell unter den schwerwiegenden Folgen der Tat und deren jahrelang ausgebliebener Einordnung als rechtsradikal motiviertem Mord.

Für die Unterstützung Betroffener rechter Gewalt wie auch die Prävention von neuen Gewalttaten als gesamtgesellschaftliche Aufgaben ist die eingehende Untersuchung und präzise Einordnung potentiell rassistischer und rechtsradikaler Tatmotive unerlässlich. „Mit Blick auf die Erfahrungen im Umgang mit den Münchener Morden des NSU und dem Oktoberfestattentat, fordert BEFORE eine behördliche Anerkennung der Gewalttat am Olympia-Einkaufszentrum als rechtsradikalem Anschlag und eine vollständige Darstellung der Ermittlungserkenntnisse zum ideologischen Hintergrund des Täters“, so Siegfried Benker, geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de. Informationen zur Arbeit von BEFORE e.V. finden Sie [hier](#).